

Änderungsanträge des Landesvorstandes zur Beschluss des SSW-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2025

til/zum:

Dagsordenspunkt/TOP 6

Slesvig/Schleswig, 11.01.2025

1. Seite 29 zu „Mehr Investitionen des Bundes in den öffentlichen Verkehr“ “ (NEU einfügen)

- Wir wollen, dass die neue **Lindaunisbrücke** schnellstmöglich fertiggestellt wird. Wir fordern, dass ein verbindlicher Zeitplan für die Baumaßnahmen vorgelegt wird und die zusätzlichen Investitionskosten gesichert werden. Die Schleiregion ist abhängig von der Querung, das tägliche Leben der Menschen vor Ort und die Wirtschaftsakteure sind abhängig von einem funktionierenden Verkehr in der Region.
- Wir wollen, dass die **Elektrifizierung der Marschbahn** schnellstmöglich erfolgt.
- Wir wollen, dass das Deutschlandticket als **Sozialticket** zu einem reduzierten Preis erhältlich ist. Wir fordern eine bundeseinheitliche Regelung, die zwischen dem Bund und den Bundesländern abgestimmt wird.

2. Seite 31 zu „Grenzüberschreitenden Verkehr entwickeln“ “ (NEU einfügen)

- Wir wollen den **grenzüberschreitenden Ausbau des Marschbahnkorridors zwischen Esbjerg und Hamburg** erwirken, um verlässliche Verbindungen für den Personenfernverkehr und den Güterverkehr zu erreichen. Hierzu ist eine durchgehende Elektrifizierung der Strecke notwendig. Wir wollen, dass die Bundesregierung verbindliche Planungen zusammen mit dem Land Schleswig-Holstein und Dänemark eingeht.
- Wir wollen den **Ausbau der B5 (Niebüll) und der Rute 11 (Tønder-Esbjerg)** erwirken, um eine gute grenzüberschreitende Verkehrsanbindung zu sichern. Wir fordern eine gemeinsame Straßeninfrastrukturplanung und die dazugehörigen infrastrukturellen Investitionen, wo die Bundesregierung zusammen mit Dänemark und dem Land Schleswig-Holstein die entsprechenden Erweiterungen oder Sanierungen plant.

3. Seite 34 zu „Maritime Infrastruktur fördern“ (NEU einfügen)

- Wir wollen, dass der Bund auch in einem erheblich größeren Umfang an der Finanzierung unserer Häfen in Schleswig-Holstein beteiligt. Unsere Erwartung ist, dass Bund und Land die Entwicklung gemeinsam vorantreiben, **und die Maßnahmen der Hafenstrategie des Landes Schleswig-Holstein und Nationalen Hafenstrategie verknüpft werden.**
- Wir wollen, dass die Häfen an der Westküste mit der besonderen Funktion der Daseinsvorsorge für die Inseln und Halligen besondere Berücksichtigung in kommenden Strategien und Maßnahmenpaketen bekommen.

4. Seite 40 zu „Kein CO2-Endlager in der Nordsee oder eine CO2-Pipeline durch Schleswig-Holstein oder Ausbau der LNG-Infrastruktur“ (Rot NEU einfügen)

- Wir wollen kein CO-2 Endlager in der Nordsee **oder an Land** und auch keine CO2-Pipeline durch Schleswig-Holstein.
(Änderung auch in der Überschrift vornehmen)

5. Seite 43 zu „Wirtschaftskrise meistern: Starke Unternehmen und gute Arbeit in allen Regionen des Landes“ (Rot NEU einfügen)

- Wir wollen die Umsatzsteuer **für die Gastronomie auf Speisen dauerhaft** auf 7% senken. **Wir fordern eine Reform des Umsatzsteuerrechts für eine größere Einheitlichkeit.**
- Wir fordern eine **höhere Investitionsquote in die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**, um eine gerechte Verteilung von Mitteln in alle Regionen des Landes zu gewährleisten und die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur an ausgewählten Standorten zu fördern.

6. Seite 66 zu „Weltweiter Einsatz für Frieden“ (Rot NEU einfügen)

- Vor dem Hintergrund der deutschen **Geschichte kann und darf die Bundeswehr** nur in enger Abstimmung mit der internationalen Staatengemeinschaft **(UN) oder NATO bei friedenssichernden/-erhaltenden und nur – wenn alle politischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind – bei friedensschaffenden Maßnahmen eingesetzt werden**
- Einsätze der Bundeswehr müssen im Einklang mit dem Selbstverständnis geschehen, dass die Bundesrepublik – **als Mitglied der NATO** – eine positive, **mahnende** und friedliche Rolle in der EU und internationalen Politik spielt.
- Wir fordern, dass der Bundeswehr die **notwendigen Mittel** zur Verfügung gestellt werden, die sie für die Bewältigung friedenssichernder und friedensschaffender

Aufgaben benötigt. **Dazu gehören mindestens 2% des BIP, die für Mitglieder der NATO verbindlich sind**

7. Seite 70, Abschnitt „Leistungsfähige und bürger*innenorientierte Justiz“ (NEU einfügen)

- Wir wollen, dass das Personal an den Gerichten aufgestockt wird. Der Fachkräftemangel führt seit Jahren zu steigenden Verfahrensdauern. Verfahren werden durch vermehrte internationale Bezüge, steigende Komplexität des Rechts und die Datenmengen der digitalen Welt immer aufwändiger. Der Bund muss hier mehr investieren und für eine zukunftsfähige Ausstattung der Justiz sorgen.

8. Seite 70, Abschnitt „Innere Sicherheit als Garant für Freiheit“ (NEU einfügen)

- Wir wollen das Sprengstoffgesetz überarbeiten und den Kommunen erweiterte Möglichkeiten für die Einrichtung von sogenannten „Böllerverbotzonen“ einräumen.

9. Seite 73, „Abschnitt Geschlechterspezifische Gewalt bekämpfen“ (NEU einfügen)

- Wir wollen, dass bundesweit ein Hoch-Risiko-Bewertungsinstrument eingeführt wird. Wir wollen Fälle häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt erkennen, bevor sie in schwersten Gewalteskalation enden und oder Femizide begangen werden. Hierfür müssen Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften genauso wie Jugendämter und Hilfesysteme weiter sensibilisiert und personenbezogene Daten besser zwischen Behörden kommuniziert werden.

10. Seite 73, Zeile 3421 (NEU einfügen)

- Wir wollen umfassend für den Bereich geschlechtsspezifische Gewalt und Femizide sensibilisieren. Dabei wollen wir Hintergründe, Risikofaktoren und Warnsignale in den Blick nehmen und fordern eine bessere Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Bildungsbereich und in den Medien. Darüber hinaus setzen wir uns für verpflichtende Fort- und Weiterbildungen in den Bereichen Justiz, Polizei und Gesundheitswesen ein. Beschäftigte in diesen Berufen kommen oft als erste mit gewaltbetroffenen oder -gefährdeten Menschen in Kontakt.

11. Seite 74, Abschnitt „Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das Grundrechte wahrt und humanitäre Standards sichert“ (NEU einfügen)

- Neben dem Schutz nach dem Europa- und Völkerrecht muss das individuelle Recht auf Asyl erhalten bleiben. Dass wir das Grundrecht auf Asyl 1949 in das Grundgesetz aufgenommen haben, ist eine direkte Reaktion auf die Verbrechen der

nationalsozialistischen Herrschaft. Wir sprechen uns gegen Aufnahme-Obergrenzen aus, politisch Verfolgte sollen bei uns Schutz finden.

12. Seite 81, Abschnitt „Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung“ (NEU einfügen)

- Wir wollen eine Ausweitung des Mutterschutzes nach Fehlgeburten. Wir wollen so ab der 13. Schwangerschaftswoche eine Regenerationszeit für die Frau nach einer Fehlgeburt innerhalb des gesetzlichen Schutzes sicherstellen.

13. Seite 85 zu „Kulturpolitik ist kein Luxus“ (NEU einfügen)

- Wir wollen eine **aktive Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur fördern** und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus weiter stärken. Die Gedenkstätten des Landes Schleswig-Holstein müssen weiterhin mit Investitionsmitteln aus dem Bund unterstützt werden.

14. Seite 88 zu „Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen und stärker unterstützen (NEU einfügen)

- Wir wollen, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Wir fordern eine eigenständige Formulierung unter den Artikel 6 im Grundgesetz. Diese soll den Schutz von Kindern vor Gewalt und Ausbeutung, ihr Recht auf Förderung und Chancengleichheit sowie ihr Recht auf Entwicklung festsetzen. Nur so können die Interessen von Kindern rechtlich verbindlich und nachhaltig geschützt werden.

Der Landesvorstand am 07.01.2025